Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Bekanntmachung

Die 07. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung findet am Dienstag, den 16.11.2021 statt.
Beginn: 16:15 Uhr
Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Hinweis:
Die Vorgaben der aktuellen Landesverordnungen in Bezug auf die Corona-Pandemie schränken die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Sitzung ein. Um dem Informations- und Kontrollrecht der Öffentlichkeit nach Kommunalverfassung M-V zu entsprechen, besteht neben der Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Teil der Bürgerschaftssitzung für Pressevertreter die Teilhabe weiterer Gäste
unter folgenden Bedingungen:

- die Teilnehmerzahl ist aufgrund der Abstandsregelung begrenzt
- die Sitzplätze sind im Abstand von mindestens 1,5 Metern zueinander angeordnet
- das Tragen von medizinischen bzw. FFP2 Masken im Rathaus ist vorgeschrieben
- die Pflicht zum Tragen der Maske während der Sitzung entfällt bei Einnahme des Sitzplatzes
- die Angabe der Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) ist verpflichtend, diese unterliegen einer Plausibilitätsprüfung

Weitere Einschränkungen / Änderungen bleiben vorbehalten.
Ausdrücklich erfolgt der Hinweis, dass Personen, die erkrankt sind oder Symptome einer Erkrankung (insb. Fieber, Husten) aufweisen, nicht zur Sitzung erscheinen.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Bestätigung der Tagesordnung
2	Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 14.09.2021
3	Beratung zu Beschlussvorlagen
4	Beratung zu aktuellen Themen
4.1	Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel Vorlage: AN 0037/2019
4.2	Beteiligung stärken Einreicher DIE LINKE Vorlage: AN 0264/2019
5	Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

6 Beratung zu Beschlussvorlagen

7 Beratung zu aktuellen Themen

8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Maik Hofmann
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung

Sitzungsdatum:	Dienstag, den 14.09.2021
Beginn:	16:15 Uhr
Ende	17:00 Uhr
Raum:	Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r
Frau Heike Corinth
Frau Christa Labouvie

Mitglieder
Herr Thomas Haack
Herr Steffen Ritschel

Vertreter
Frau Doreen Breuer — Vertretung für Frau Kathrin Ruhnke
Herr Jonathan Göbel — Vertretung für Herrn Maximilian Schwarz ab 16:17 Uhr

Protokollführer
Frau Madlen Zicker

von der Verwaltung
Frau Dr. Sonja Gelinek
Herr Jörn Tuttlies

Gäste
Herr Thomas Würdisch

Tagesordnung:

1	Bestätigung der Tagesordnung
2	Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 03.08.2021
3	Beratung zu Beschlussvorlagen - keine
4	Beratung zu aktuellen Themen
4.1	Bericht über das SommerCamp Stralsund 2021
4.2	Aktuelles Baugeschehen im Schulbereich
5	Verschiedenes
9	Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:
Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung sind 6 Mitglieder zu Beginn der Sitzung anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 03.08.2021

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung vom 03.08.2021 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen - keine

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Bericht über das SommerCamp Stralsund 2021

Frau Dr. Gelinek berichtet anhand einer Präsentation über das SommerCamp 2021 in Stralsund. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Sie verweist auf das Werbevideo, welches im Vorfeld in den sozialen Medien und bei YouTube geteilt wurde. Es diente der Gewinnung von Lehrkräften für das SommerCamp. Es wurden weiterhin Flyer erstellt sowie alle Kinder angeschrieben.

Das Sommercamp wurde mit einem Markttag am 19.06. begonnen, bei welchem das SommerCamp vorgestellt wurde.

In den beiden Wochen haben insgesamt 89 Kinder teilgenommen. In der ersten Woche waren es 57 und in der zweiten Woche 54 Teilnehmer/innen. Frau Dr. Gelinek teilt mit, dass es teilweise Kindern in der ersten Woche so gut gefallen hat, dass sie auch in der zweiten Woche das SommerCamp besucht haben.

Es gab insgesamt 3 Standorte. Im Stadtteil Knieper West im Kinder- und Jugendtreff, in Grünhufe im Haus der Wirtschaft sowie in der Kreisvolkshochschule Vorpommern-Rügen. In Knieper West gab es den größten Zulauf. Es ist sehr erfreulich, dass die enge Kooperation mit dem Kinder- und Jugendtreff auch dazu geführt hat, dass Kinder auch andere Angebote dort nutzen.

Die Angebote waren so strukturiert, dass es freie Unterrichtseinheiten im Laufe des Vormittags und am Nachmittag Freizeitangebote gab. Besonders hervorzuheben waren die tollen Angebote im Zoo, welchen Frau Dr. Gelinek ein besonderes Lob ausspricht.
Sie dankt weiterhin auch der Verwaltung für die schnelle Vorbereitungen des SommerCamps sowie für die gute Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule.

Der Delikater im Zoo hat den Kindern täglich das Essen an die drei Standorte gebracht.

Das SommerCamp fand explizit nicht in den Schulen statt, da keine Assoziation mit der Schule in den Sommerferien entstehen sollte. Das DRK hat Zelte am Standort Knieper West aufgestellt. Dies ist auch für weitere Standorte in den nächsten Jahren so angedacht, da ein Camp-Charakter für die Kinder und Jugendlichen entstehen soll.

Bezüglich der Finanzierung teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass die Hansestadt Stralsund die beantragten Fördermittel in Höhe von 38.800 EUR durch „Kultur macht stark“ erhalten hat. Durch Eigenmittel müssen die Honorarkräfte finanziert werden, welche den ganzen Tag vor Ort waren. Frau Dr. Gelinek dankt der Volkshochschule, welche die Beantragung der umfangreichen Fördermittelanträge übernommen hat.

Frau Dr. Gelinek merkt an, dass sie gern das SommerCamp 2022 im Frühjahr im Ausschuss vorstellen würde.

Herr Hofmann bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Labouvie möchte wissen, wie die Teilnehmer gewonnen werden konnten. Daraufhin teilt Frau Dr. Gelinek mit, dass alle Schüler und Schülerinnen mit dem Hinweis auf das SommerCamp angeschrieben wurden. Auch die Bildungsschecks vom Land wurden mit diesem Schreiben versandt. Weiterhin wurden von den Schulen die Schüler benannt, bei denen Nachhilfebedarf besteht. Diese wurden explizit angeschrieben. Auch Grundschüler haben diesen Bildungsscheck erhalten.
Weiterhin haben am letzten Schultag die Schüler und Schülerinnen Flyer mit den Angeboten des SommerCamps erhalten.

Frau Corinth möchte wissen, ob generell ab Klasse 5 geplant ist. Laut Frau Dr. Gelinek steht dies noch nicht genau fest. Es ist zu beachten, dass für jüngere Schüler die Betreuung aufwendiger und umfangreicher ist. Dies bedeutet insbesondere, dass mehr Personal akquiriert werden muss und es folglich teurer wird.
Frau Corinth ist begeistert vom SommerCamp und bietet ihre Unterstützung als Pädagogin an. Sie merkt an, dass auch weitere Grundschullehrer, auch ehrenamtlich, sich bereit erklären würden, teilzunehmen.

Herr Göbel fragt nach, ob im nächsten Jahr alle 6 Ferienwochen angeboten werden können. Laut Frau Dr. Gelinek ist dies auch ihre Wunschvorstellung, jedoch soll es kostenfrei für die Kinder bleiben. Die Finanzierung über 6 Wochen gestaltet sich als sehr schwierig.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann merkt Frau Dr. Gelinek an, dass die Abrechnung der Bildungsschecks sich als kompliziert erwiesen hat. Ein Großteil der Kosten wurde daher über das Förderprogramm „Kultur macht stark“ abgerechnet. Leider konnte die Volkshochschule die Bildungsschecks nicht abrechnen.
Aufgrund der Richtlinien des Förderprogramms „Kultur macht stark“ wurden keine Sportvereine bezüglich einer Unterstützung angeschrieben.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

zu 4.2 Aktuelles Baugeschehen im Schulbereich

Herr Tuttlies erläutert anhand einer Präsentation das aktuelle Baugeschehen im Schulbereich, welche der Niederschrift beigefügt ist.

Zusammenfassend teilt Herr Tuttlies am Ende seiner Präsentation mit, dass die Arbeiten sich alle im Zeitplan befinden. Es gab leichte finanzielle Anpassungen.

Auf Nachfrage von Herrn Hofmann teilt Herr Tuttlies mit, dass die Innenbahn der Laufbahn im Stadion an der Kupfermühle 400 Meter beträgt.

Bezüglich der Juri Gagarin Turnhalle teilt Herr Tuttlies mit, dass an der Straße parallel in Fahrtrichtung vorgesehen sind. Da morgens an der Schule ein hohes Verkehrsaufkommen herrscht, wurden 3 Zuwegungsmöglichkeiten errichtet, u.a. eine „kiss and go“ Zone.

Herr Hofmann bittet die Verwaltung, die Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung bei Grundsteinlegungen, Baustart, Eröffnungen etc. von Schulen und Sportstätten zu berücksichtigen und teilhaben zu lassen.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf im öffentlichen Teil der Sitzung.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ebenfalls keinen Redebedarf gibt, entfallen die restlichen Tagesordnungspunkte.

Die Sitzung wird vom Ausschussvorsitzenden geschlossen.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Madlen Zicker
Protokollführung

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0037/2019
öffentlich

Titel: Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel

Federführung:	Einzelbürgerschaftsmitglied Adomeit	Datum:	25.02.2019
Einreicher:	Adomeit, Michael, Gerd Riedel		

Beratungsfolge	**Termin**	

Beschlussvorschlag:
Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Begründung:
Schon jetzt klagen viele Ausbildungsbetriebe über das schlechte Niveau der Schulabgänger. Die Zeche bezahlen am Ende wir alle.

Michael Adomeit Gerd Riedel

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8
Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel
Vorlage: AN 0037/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Beschluss-Nr.: 2019-VI-02-0945

Datum: 07.03.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift
über die 2. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 24.09.2019

Zu TOP: 4.1
Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel
Vorlage: AN 0037/2019

Frau Dr. Gelinek stellt sich vor. Sie berichtet kurz über ihren bisherigen Lebensweg und teilt dabei mit, dass ihr der Bereich Schule aufgrund ihrer biografischen Erfahrungen sehr wichtig ist. Nach ihrem erfolgreich abgeschlossenen Jurastudium baute sie eine Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung auf und leitete diese zehn Jahre. Daneben beriet sie freiberuflich Privatschulen in der Gründungsphase. Sie bedauert es, dass die Stadt nur so geringe Möglichkeiten zur inhaltlichen Gestaltung der Schulen hat, freut sich aber auf die Aufgaben zur äußeren Gestaltung und Ausstattung. Sie hofft auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Ausschuss und steht für Fragen zur Verfügung.

Herr Hofmann dankt Frau Dr. Gelinek für die Ausführungen.

Herr Tuttlies weist darauf hin, dass Lehrer und Sozialpädagogen Angelegenheiten der inneren Schulverwaltung sind und somit die Zuständigkeit beim staatlichen Schulamt Greifswald liegt. Dieses erhebt die Daten nicht selbst, weshalb die Anfrage an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur weitergeleitet wurde. Herr Tuttlies informiert über dessen Antwort bezüglich des Unterrichtsausfalls an öffentlich allgemeinbildenden Schulen in Stralsund im zeitlichen Verlauf. Die Daten werden der Niederschrift beigefügt. Weiter berichtet Herr Tuttlies, dass es vier Träger gibt, die die Schulsozialarbeit absichern. Nur die Grundschulen Andershof und Gerhard-Hauptmann haben keinen Bedarf für Schulsozialarbeiter beim Landkreis angemeldet.

Herr Bernhardt fragt, ob es beim Schulzentrum am Sund auch eine Trennung zwischen dem regionalen und dem gymnasialen Teil gibt.

Herr Tuttlies teilt mit, dass es in dieser Statistik keine Trennung gibt. Dies gilt auch für die Integrierte Gesamtschule Grünthal Stralsund (IGS).

Herr Hofmann stellt fest, dass die Statistik sehr geringe Prozentsätze bezüglich des Unterrichtsausfalls aufweist. Er bemängelt, dass dies jedoch an den unterschiedlichen Definitionen von Unterrichtsausfall liegen wird und fragt, ob es eine Möglichkeit gibt, eine feste Definition zu formulieren.

Herr Tuttlies erläutert, dass die Unterrichtsstunden, die durch einen Vertretungslehrer abgedeckt werden können, nicht mit in die Statistik aufgenommen werden. Er berichtet, dass diesbezüglich auch sehr geringe Einflussmöglichkeiten bestehen. Des Weiteren steht das Schulgesetz nach wie vor zur Diskussion.

Frau Corinth erklärt, dass in Grundschulen aufgrund der Aufsichtspflicht keine Unterrichtsstunden ausfallen dürfen. Sonderpädagogen dürfen aber nicht als Vertretungslehrer eingesetzt werden, weil diese nur für Kinder mit spezifischen Förderbedarfen da sind. Das Thema Inklusion ist wichtig und sollte auch beraten werden.

Herr Hofmann erinnert sich, dass Frau Corinth bereits das Thema ansprach und dabei bemängelte, dass sich die Inklusion im Schulzentrum am Sund nicht in den Räumlichkeiten wiederfinden lässt.

Frau Corinth ergänzt, dass das Land für den Umbau von Schulen mit spezifischer Kompetenz Geld zur Verfügung stellt. Für die IGS gibt es beispielsweise 950.000 €.

Herr Tuttlies erläutert, dass das Thema Inklusion sehr vielfältig ist. Für die Hansestadt Stralsund war zunächst nur vorgesehen, dass das Hansagymnasium als Schule mit spezifischer Kompetenz umgebaut wird. Dabei handelt es sich jedoch um ein denkmalähnliches Gebäude, wodurch der Umbau sehr kompliziert wäre. Daher wurde die IGS, welche in Haus 2 schon barrierefrei ist, seitens der Hansestadt Stralsund vorgeschlagen. Auch bei der IGS gibt es Umbaubedarf, wie z.B. im Neubau im Bereich der Haptik und im Haus 1 bezüglich der Barrierefreiheit und der Haptik. Die Baukosten werden nach jetzigem Stand 1,5 Mio. € betragen, wovon es 950.000 € als Unterstützung vom Land gibt. Aufgrund der Inklusion wird insbesondere Geld für Personal benötigt, weshalb auch das Schulgesetz überarbeitet wird. Die Grundschule Hermann Burmeister wurde auch auf die Investitionsliste des Landes gesetzt, damit ein durchgängiger Schulbesuch in Stralsund für inklusive Schüler möglich gemacht werden kann.

Frau Corinth fragt, ob Plätze für diese Schüler freigehalten werden sollten, gerade weil es sich um Schulen mit spezifischer Kompetenz handelt.

Herr Tuttlies erklärt, dass dies die logische Konsequenz daraus ist. Nach den Umbaumaßnahmen sollten die Kapazitätsengpässe behoben worden sein. Die Anzahl der Pflichtplätze für betroffene Kinder wird pro Jahr im unteren einstelligen Bereich liegen.

Herr Hofmann teilt mit, dass das Thema Inklusion im Januar bis April 2020 erneut besprochen wird. Möglicherweise gibt es dann bezüglich des Schulgesetzes schon neue Erkenntnisse. Herr Hofmann erfragt, ob es möglich ist, mit einer eigenen Definition von Unterrichtsausfall eine eigene Statistik zu erstellen.

Frau Dr. Gelinek erklärt, dass ein direkter Austausch mit den Schulleitern stattfinden könnte, in dem solche Fragen gestellt werden könnten.

Herr Hofmann betont, dass es im Interesse des Ausschusses liegt, dass die Schüler nicht einfach nur beschäftigt werden, sondern ein Lehrer vor Ort ist und den Schülern helfen kann.

Frau Dr. Gelinek schlägt vor, dass der Ausschuss der Bürgerschaft empfiehlt, sich mit einer offiziellen Anfrage an das Land zu wenden, da dieses Problem nur politisch gelöst werden kann.

Herr Ritschel fragt, wie das Verhältnis von der Hansestadt Stralsund zum Bildungsministerium ist. Möglicherweise wäre es sinnvoll, wenn die Schüler eine Statistik nach ihrer eigenen Definition anfertigen, welche dann als Vergleich dienen kann.

Herr Hofmann teilt mit, dass dies bereits so gemacht wurde. Er hat keinen Kontakt zum Bildungsministerium.

Herr Corinth schlägt vor, dass dieses Thema in der nächsten Sitzung noch einmal besprochen wird, wenn alle die Möglichkeit hatten, sich genauer mit der Statistik auseinanderzusetzen. Weiter rät er, das Meinungsbild der Schülersprecher erneut einzuholen.

Herr Bernhardt fragt, ob es eine Kommentierung oder Stellungnahme zu den Statistiken gibt. Außerdem beantragt er Rederecht für Herrn Adomeit.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Herr Adomeit berichtet, dass er ein Schreiben vom Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur bekommen hat, in dem die Statistik höhere Ausfallquoten aufweist.

Herr Hofmann erklärt, dass es sich dabei um verschiedene Statistiken mit unterschiedlichen Inhalten handelt.

Herr Adomeit fragt, ob es stimmt, dass in der Montessori-Grundschule „Lambert Steinwich“ die Eltern gefragt werden, ob sie die Kinder beaufsichtigen können, wenn ein Lehrer nicht da ist.

Herr Hofmann erläutert, dass dies nicht der Fall ist, sondern es sich dabei um ein Extraangebot handelt, wofür Lesepaten gesucht wurden.

Herr Hofmann bittet Frau Dr. Gelinek um Zusammenarbeit und ggf. eine gemeinsame Sitzung mit den Schulleitern.

Auf Nachfrage von Herrn Bernhardt erklärt Herr Tuttlies, dass es keine Kommentierungen zu den Statistiken gibt. Die unterschiedlichen Ergebnisse kommen aber durch die verschiedenen Definitionen und Inhalte zustande.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 30.09.2019

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift
über die 02. Sitzung der Bürgerschaft am 07.03.2019

Zu TOP : 9.8
Information der Bürgerschaft über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen
Einreicher: Michael Adomeit, Gerd Riedel
Vorlage: AN 0037/2019
Herr Adomeit begründet den Antrag ausführlich. Durch eine Berichterstattung im Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport würde gewährleistet, dass die Thematik weiter begleitet wird. Gleichzeitig würden Lehrer geschützt, die sonst den Weg in die Öffentlichkeit gehen müssten.

Frau Bartel erklärt, das Ansinnen von Herrn Adomeit zu verstehen. Sie hält die Verweisung des Antrages zur Beratung, so wie bereits von Herrn Adomeit angedeutet, in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport für die geeignete Lösung.

Herr Dr. Zabel verweist auf die Verantwortlichkeit des Schulamtes. Dieses könnte im Ausschuss die entsprechenden Informationen mitteilen, sofern die Bereitschaft dazu besteht. Einer Verweisung des Antrages würde die CDU/FDP-Fraktion zustimmen.

Herr Haack beantragt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport.

Herr Laack stellt klar, dass die Zuständigkeit beim Land liegt.

Der Präsident erteilt gegen Herrn Laack einen Ordnungsruf wegen ungebührlichen Verhaltens.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Herr Paul lässt über die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung Hochschule, Kultur und Sport wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrages AN 0037/2019 zur Beratung in den Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Bürgerschaft halbjährlich über Ausfallzeiten, Lehrerbedarf, Sozialarbeiter und Schulabbrecher an Stralsunder Schulen zu informieren.

Einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VI-02-0945

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Birgit König

Stralsund, 18.03.2019

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund

Anträge
Vorlage Nr.: AN 0264/2019
öffentlich

Titel: Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE

Federführung:	Fraktion DIE LINKE	Datum:	12.12.2019
Einreicher:	Kühl, Andrea		

Beratungsfolge	**Termin**	

Änderungsantrag zum TOP:9.8

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,
zum Thema:
Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Begründung:

Unsere Weltkulturerbe Partnerstadt verfügt hier über langjährige gute Erfahrungen.
Das Kinder- und Jugendparlament (KiJuPa) versteht sich als Interessenvertretung der Wismarer Kinder und Jugendlichen. Alle zwei Jahre finden Wahlen statt. Die Mitglieder verfügen über einen Etat von jährlich 10 000 Euro, um gemeinsam Projekte für Kinder und Jugendliche auf die Beine zu stellen, zu unterstützen und Wismar so attraktiver für die 9- bis 19-Jährigen zu gestalten.

Im Rahmen des Schwedenfestes in Wismar fand in diesem Jahr die Deutsch-Schwedische Kinder- und Jugendkonferenz in Wismar statt. Dort wurde über Kinderrechte und Ungerechtigkeiten, Wünsche und Vorstellungen diskutiert. An drei Tagen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfahren, wie Kinderrechte in Deutschland und in Schweden umgesetzt werden und wie Kinder und Jugendliche beteiligt werden können. Diese Erfahrungen könnten auch Stralsund gilt es mit zu nutzen.

Die Bürgerschaft hat bereits am 27. Oktober 2011 beschlossen, dass es in Wismar ein KiJuPa geben soll.
Das KiJuPa befindet sich derzeit in Ihrer 5. Ligislatur Periode

TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8
Änderungsantrag zum Antrag AN 0254/2019 - Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,
zum Thema:
Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

Datum: 12.12.2019

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 02.03.2021

Zu TOP : 5
Verschiedenes

Herr Hofmann nimmt Bezug auf die Beteiligung von Jugendlichen an politischen Prozessen. Mit der Geschäftsführung des Ausschusses wurde speziell der 01.06.2021 als Zielsetzung für eine Einladung thematisiert. Über die sozialen Medien bedarf es jedoch einen neuen Versuch, die Teilhabe von Jugendlichen an politischen Vorgängen zu stärken.

Frau Dr. Gelinek merkt an, dass eine Beteiligung von Jugendlichen immer ein Prozess sei. Sie bittet daher darum, im Vorfeld eine Aufklärungsarbeit zu leisten. Ohne Vorbereitungen wirke solch ein Schritt eher abschreckend.

Frau Lavouvie verweist auf die bereits besprochenen Fragen von Frau Dr. Brückner von der Hochschule Stralsund und bittet darum, diese zu verwenden.

Herr Hofmann stimmt Frau Dr. Gelinek zu und empfiehlt dem Ausschuss, eine strukturiertere Arbeit im Vorfeld zu leisten. Ein deutliches Signal an die Jugendlichen zur politischen Mitnahme wäre hierbei wünschenswert.

Frau Lavouvie teilt dazu mit, dass eine Teilhabe an Ausschusssitzungen für Jugendliche zuallererst eine Hemmschwelle darstellt. Um einer Überforderung vorzubeugen, sei es notwendig, auf die Jugendlichen zu zugehen.

Frau Corinth bittet diesbezüglich um weitere Ideensammlungen. Weiterhin merkt sie an, dass von Seiten der Schule die Teilhabe nicht förderlich kommuniziert worden sei. In den entsprechenden Schulleiterrunden bittet sie Frau Dr. Gelinek, das Projekt vorzustellen.

Auf Nachfrage von Frau Corinth erläutert Frau Dr. Gelinek, dass die fachliche Zuständigkeit beim Landkreis Vorpommern-Rügen liegt. Sie verweist daher auf eine Einladung des zuständigen Fachbereichs.

Herr Liesener bittet um eine Entwicklung eines Fragenkatalogs, welcher vorab über die Schülervertretung den Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden würde. Des Weiteren teilt Herr Liesener mit, dass er die Teilhabe von Jugendlichen an politischen Prozessen im Kreistag thematisieren wird. Vielleicht sei es sogar möglich, den Kreisschülerrat mitzubinden.

Frau Dr. Gelinek gibt bekannt, dass sie eine Einladung zur Videokonferenz an alle Schülervertretungen der Hansestadt Stralsund versendet hat. Sie bietet an, während der Sitzung die Wünsche der Jugendlichen zu erfragen und diese Erkenntnisse dann dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.
Herr Hofmann bedankt sich für die Anregungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die restlichen Tagesordnungspunkte.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Madlen Zicker

Stralsund, 06.04.2021

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 21.01.2020

Zu TOP: 4.4
Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019
Frau Labouvie informiert zur Idee des Antrages. Sie schlägt vor, ein Treffen mit dem Fachausschuss aus Wismar zu planen.

Herr Hofmann regt an, erst einmal eine Meinungsbildung innerhalb des Ausschusses durchzuführen.

Herr Bernhardt erachtet es als sinnvoll, den Kreisschülerrat mit einzubeziehen und einen Vertreter zu einer Beratung hier im Ausschuss einzuladen. Der Kreisschülerrat muss seine Willensbildung einbringen.
Er informiert weiter, dass die Bürgerschaft in Wismar dem Kinder- und Jugendparlament 10T€ Budget zur freien Verfügung eingeräumt hat. Eine Wahl des Kinder- und Jugendparlaments erfolgt dort an allen weiterführenden Schulen. Die Vertreter haben ständiges Rederecht im Fachausschuss und ein Antrags- und Rederecht in der Bürgerschaft. Die Betreuung im Bürgerschaftsbüro war sehr gut. Diese Aufgabe wurde an den Kreisjugendring abgegeben. Dort gibt es eine geförderte hauptamtliche Stelle. Die Betreuung lief dort jedoch nicht so gut.

Herr Hofmann schlägt vor, das Thema am 17.03.2020 auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Einladung soll an alle Schülervertreter übersandt werden. Es soll darum gebeten werden, dass eine Aussage getroffen wird, welche Art von Kinder- und Jugendparlament in der jeweiligen Schule gewünscht ist.

Frau Labouvie schlägt vor, einen Vertreter aus Wismar dazu einzuladen, um von den Erfahrungen zu profitieren.
Herr Hofmann gibt zu bedenken, dass so schon ein Weg vorgegeben würde.
Es sollten sich erst einmal die Ideen der Schülervertreter angehört werden.

Frau Corinth bittet darum, Herrn Spranger als Stadtteilvertreter über die Stadterneuerungsgesellschaft mbH einzuladen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 28.01.2020

TOP Ö 4.2

Auszug aus der Niederschrift
über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 12.12.2019

Zu TOP :
Beteiligung stärken
Einreicher DIE LINKE
Vorlage: AN 0264/2019
Frau Corinth begründet den Antrag AN 0254/2019 ausführlich. Sie hebt die Notwendigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hervor. Dies trägt zum Zusammenhalt in der Gesellschaft bei. Frau Corinth betont, dass der Antrag bewusst auf kein konkretes Format festlegt ist. Diese Entscheidung soll zusammen mit den Kindern und Jugendlichen getroffen werden.

Frau Bartel begründet den Änderungsantrag AN 0262/2019 der Fraktion SPD. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird seit Jahren angestrebt. Frau Bartel stellt fest, dass die Jugendlichen heute viel engagierter und selbstbewusster sind, sich gesellschaftspolitisch einzubringen.
Frau Bartel betont die Wichtigkeit, dass die Bürgerschaft sich der Thematik annimmt. Sie verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Diesem wird die Fraktion SPD zustimmen. Aus diesem Grund zieht Frau Bartel den Antrag AN 0262/2019 zurück.
Zum Antrag der Fraktion CDU/FDP merkt sie an, dass dieser zu offen formuliert ist.

Frau Kühl begründet den Änderungsantrag AN 0264/2019 der Fraktion DIE LINKE. Auf den Erfahrungen der Hansestadt Wismar kann aufgebaut werden.

Frau Ehlert begrüßt das Ansinnen, Kinder und Jugendliche in die politische Arbeit einzubeziehen. Sie bestätigt, dass eine andere Generation herangewachsen ist und neue Wege gegangen werden müssen. Daher wird sich die Fraktion Bürger für Stralsund dem Antrag der Fraktion DIE LINKE anschließen.

Frau Kümpers stimmt zu, dass das Interesse an Politik bei den Jugendlichen gewachsen ist.

Herr Dr. Zabel betont, dass der Antrag AN 0254/2019 bewusst offen formuliert wurde. Er erinnert an die vielfältigen Formate, die gewählt werden könnten. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE würde eine Konkretisierung auf ein Kinder- und Jugendparlament erfolgen.

Frau Kühl erklärt, dass die Begrifflichkeit zur Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nicht festgelegt ist. Es zählt, Kinder und Jugendliche zu motivieren, sich am gesellschaftlichen Leben aktiv zu beteiligen.

Herr Dr. Zabel betont, dass von Seiten der Fraktion CDU/FDP eine Beteiligung gewollt ist. Jedoch nicht die Festlegung auf ein konkretes Format als Zielrichtung. Das Ziel soll nicht von oben vorgegeben werden.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0264/2019 wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beauftragt den Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung einen Erfahrungsaustausch mit unserer Weltkulturerbe Partnerstadt Wismar durchzuführen,

zum Thema:
Kinder und Jugendparlament als offizielle Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen.

Im Ergebnis des Erfahrungsaustausches ist der Bürgerschaft ein Vorschlag einer möglichen Form der Interessenvertretung der Kinder- und Jugendlichen in Stralsund zu unterbreiten.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2019-VII-05-0166

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. Steffen Behrendt

Stralsund, 19.12.2019

TOP Ö 4.2

Beteiligung stärken! Die Jugend ins Parlament. Christa Labouvie

Bürgerschaft Stralsund: Ausschuss Bildung, Hochschule, Digitalisierung
Zuarbeit für Sitzung am 20.04.21

Fragen bzw. Gedanken zum Austausch mit Schülerinnen und Schüler

Idee: Alle Fragen (wo möglich) bewerten lassen mit einer Skala von 1 (geringster) - 10 = höchster Zuspruch

Vorschläge:

1) Wie groß ist das Interesse sich in die Parlamente einzubringen, sich aktiv zu beteiligen? Was sind die Beweggründe? Was soll erreicht werden?
2) Welche Unterstützung sollte durch die Erwachsenen erbracht werden? Was ist gewollt, was gewünscht, was nicht? Vorschläge von allen, die später nach Priorität gewichtet werden können.
3) Wie sollte die Mitbestimmung aussehen, wobei mit entscheiden – wie sind die Vorstellungen?
4) Ist der Wunsch vorhanden, sich grundsätzlich in Politik einzubringen oder sind eher einzelne Bereiche wichtig? Welche Bereiche sind das dann konkret?
5) Ist ein Büro für Beratungen notwendig? Wo soll das Jugendparlament ggf. beraten können, könnte es ein Büro im Rathaus sein? Oder besser außerhalb mit gleichzeitiger Anlaufstelle für interessierte weitere Jugendliche?
6) Soll der Bildungsausschuss generell Ansprechpartner werden? Oder ist ein einzelner konkreter Ansprechpartner, eine Partnerin evtl. angebrachter? Wie sind die Vorstellungen der Schülervertretungen?

Frage von mir:

1) Welche Sachmittel bzw. finanzielle Zuwendungen könnten wir ggf. dem Jugendparlament/der Jugendvertretung zukommen lassen?

Christa Labouvie, DIE LINKE, 19.04.21

TOP Ö 4.2

Vorschläge von Frau Corinth

Unser Anliegen ist:

gute Politik für Jugend machen, gemeinsam mit Jugend Politik gestalten und offen sein für selbstbestimmte Politik von der Jugend.

1. Welche Chancen und Möglichkeiten sehen Sie, ihre Zukunft in unserer Stadt mitzugestalten?

2.Wie würden Sie sich selbst am liebsten - bei relevanten Themen - engagieren und einbringen, konkrete Projekte mitgestalten?

3.Welche politischen Angebote sind notwendig, um es jungen Menschen zu ermöglichen, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen?

4.Welche Formate, in denen junge Menschen als Expertinnen und Experten in eigener Sache agieren können, sind für eine möglichst breite und fundierte Beteiligung von Jugendlichen erforderlich? (Bsp. Werkstatt- Format, Austausch mit Politikern, Online-Format)

TOP Ö 4.2

Fragen an Schüler*innen
SPD an Madlen Zicker

24.11.2020 14:11

Von SPD/Fraktion/HansestadtStralsund/DE
An Madlen Zicker/HansestadtStralsund/DE@HSTNOTES

Werte Frau Zicker,

im Auftrag der SPD-Fraktion möchte ich Ihnen gerne mitteilen, dass sich diese der drei Fragen an die Schüler*innen von Dr. Jane Brückner anschließt.
Ebenso würde die SPD-Fraktion diese gerne um die Frage:

Was erwartet ihr von dem Ausschuss und der Bürgerschaft?

ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen

Erik Wendlandt
Fraktionsgeschäftsführer

Hansestadt Stralsund
Fraktion der Bürgerschaft
SPD-Fraktion
Rathaus
Alter Markt
18439 Stralsund

Tel.: 03831 252 218
E-Mail: spd.fraktion@stralsund.de
Internet: www.spd-fraktion-stralsund.de

TOP Ö 4.2

AW: Einladung Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 17.11.2020
Brückner, Jane an MZicker@stralsund.de, info@stralsund.de, JKuhn@stralsund.de, Amtsleiter@stralsund.de, gleichstellung@stralsund.de, LRiedel@stralsund.de, cdu-fdp.fraktion@stralsund.de, bfs.fraktion@stralsund.de, spd.fraktion@stralsund.de, gruene.fraktion.stralsund@gmail.com, linke.fraktion@stralsund.de, AfD.Fraktion@stralsund.de, oberbuergermeister@stralsund.de, SHacker-Huebner@stralsund.de, SFielitz@stralsund.de 18.11.2020 14:08
Von "Brückner, Jane" <jane.brueckner@hochschule-stralsund.de>
An "MZicker@stralsund.de" <MZicker@stralsund.de>, "info@stralsund.de" <info@stralsund.de>, "JKuhn@stralsund.de" <JKuhn@stralsund.de>, "Amtsleiter@stralsund.de" <Amtsleiter@stralsund.de>, "gleichstellung@stralsund.de" <gleichstellung@stralsund.de>, "LRiedel@stralsund.de" <LRiedel@stralsund.de>, "cdu-fdp.fraktion@stralsund.de" <cdu-fdp.fraktion@stralsund.de>, "bfs.fraktion@stralsund.de" <bfs.fraktion@stralsund.de>, "spd.fraktion@stralsund.de" <spd.fraktion@stralsund.de>, "gruene.fraktion.stralsund@gmail.com" <gruene.fraktion.stralsund@gmail.com>, "linke.fraktion@stralsund.de" <linke.fraktion@stralsund.de>, "AfD.Fraktion@stralsund.de" <AfD.Fraktion@stralsund.de>, "oberbuergermeister@stralsund.de" <oberbuergermeister@stralsund.de>, "SHacker-Huebner@stralsund.de" <SHacker-Huebner@stralsund.de>, "SFielitz@stralsund.de" <SFielitz@stralsund.de>

Liebe Frau Zicker,

ich möchte bezugnehmend auf die gestrige Ausschusssitzung meine Vorschläge für die drei Fragen an die Schüler*innen senden:

1. Welche Themen treiben Euch zur Zeit um?
2. Bei welchen Entscheidungen wollt Ihr mehr Mitsprache haben?
3. Wie möchtet Ihr Euch in die politische Arbeit der Stadt und der Region einbringen?

Freundliche Grüße von Jane Brückner

Dr. Jane Brückner
Leiterin der Hochschulkommunikation

HOST - Hochschule Stralsund – University of Applied Sciences
Zur Schwedenschanze 15
18435 Stralsund

Fon +49 3831 456528
Fax +49 3831 456640
www.hochschule-stralsund.de

Von: MZicker@stralsund.de <MZicker@stralsund.de>
Gesendet: Montag, 9. November 2020 12:02
An: info@stralsund.de; JKuhn@stralsund.de; Brückner, Jane <jane.brueckner@hochschule-stralsund.de>; Amtsleiter@stralsund.de; gleichstellung@stralsund.de; LRiedel@stralsund.de; cdu-fdp.fraktion@stralsund.de; bfs.fraktion@stralsund.de; spd.fraktion@stralsund.de; gruene.fraktion.stralsund@gmail.com; linke.fraktion@stralsund.de; AfD.Fraktion@stralsund.de; oberbuergermeister@stralsund.de; SHacker-Huebner@stralsund.de; SFielitz@stralsund.de
Betreff: Einladung Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung am 17.11.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unterlagen zur o.g. Sitzung stehen Ihnen in den Portalen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Madlen Zicker

Hansestadt Stralsund
Amt für zentrale Dienste
Büro des Präsidenten d. Bürgerschaft/Gremiendienst
PF 2145
18408 Stralsund

Tel.: 03831 252 215
Fax:
E-Mail: MZicker@stralsund.de
Web: www.stralsund.de